



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ BMJ-B13.076/0019-I 5/2009

Email: kzl.b@bmj.gv.at
Sachbearbeiter(in): Mag. Katharina Popp
Durchwahl: 2122

An
Österreichische Präsidentschaftskanzlei
Präsidium des Nationalrats
Sozialdemokratische Parlamentsfraktion - Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Freiheitlichen Parlamentsklub
Parlamentsklub des BZÖ
Grünen Klub im Parlament
Administrative Bibliothek des Bundeskanzleramtes
Rechtsdienst der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Regierungsgebäude

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Konkursordnung in Insolvenzordnung umbenannt und gemeinsam mit dem Insolvenzrechtseinführungsgesetz, dem Gerichtsgebührengesetz, dem Gerichtlichen Einbringungsgesetz, dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, dem IEF-Service-GmbH-Gesetz und der Gewerbeordnung 1994 geändert wird sowie die Ausgleichsordnung aufgehoben wird (Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2009 – IRÄG 2009)

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf eines Insolvenzrechtsänderungsgesetzes 2009 – IRÄG 2009 samt Erläuterungen mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln.

Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen wurden um Stellungnahme bis

30.9.2009

ersucht.

Es darf darauf hingewiesen werden, dass der Entwurf auch auf der Website des Bundesministeriums für Justiz (www.bmj.gv.at) abgerufen werden kann.

14. August 2009
Für die Bundesministerin:
i.V. Dr. Franz Mohr

Elektronisch gefertigt